

Prüfungsfach	Examinator	Fragestellung	Antwort
Bern. Staats- und Verwaltungsrecht	Lienhard	Sachverhalt: A plant im Raum B einen Take-away-Stand um Hotdogs zu verkaufen; es sollen aber keine Tische und keine Sitzgelegenheiten angeboten werden; er ist unsicher wie lange er geöffnet haben darf.	
		Welches Rechtsgebiet ist betroffen?	Es handelt sich um einen Anwendungsfall des Gastgewerbegesetzes und es geht um die Nutzung öffentlicher Sachen.
		Kommt Ihnen noch weiteres in den Sinn?	Es stellt sich die Frage einer Baubewilligungspflicht.
		Im Wirtschaftsverwaltungsrecht gibt es noch einen allgemeinen Erlass, in dessen Anwendungsbereich der Sachverhalt fallen könnte.	Das Gesetz über Handel und Gewerbe (HGG).
		Welches Gesetz findet vorliegend Anwendung? Beginnen wir mit dem HGG	Zuerst muss der Anwendungsbereich der Gesetze geprüft werden. Das HGG regelt die Grundsätze und ein solches Gewerbe fällt grundsätzlich darunter.
		Wenn wir bei Artikel 1 HGG bleiben; (liest vor).	Als nächstes ist zu prüfen, ob eine dauernde oder gelegentliche Erwerbstätigkeit vorliegt; „gelegentlich“ wäre sicher erfüllt.
		Annahme dauernd.	Dann fällt der vorliegende Betrieb darunter, weil auch die wirtschaftliche Gewerbetätigkeit gegeben ist; will Gewinn erzielen
		Argumentieren sie bezüglich das GGG; ist dieses auch anwendbar?	Es ist der Anwendungsbereich zu prüfen: Die erste Frage ist, ob es sich um einen Gastgewerbebetrieb handelt; ob er alkoholische Getränke ausgibt, ausschenkt. Das GGG stellt nur auf gewerbsmässige ab und Art 2 Abs. 2 lit. a greift nicht. Zwischenergebnis: das GGG greift nicht.
		Zurück zum HGG; wie sieht es aus mit den Öffnungszeiten?	Diese sind in Art. 9 ff. HGG geregelt, insbesondere explizit in Art. 9 Abs. 1 gelten diese Bestimmungen für Verkaufsstände. Und noch spezifischer „Imbissstände“ in Art. 9 Abs. 3 HGG.
		Achtung!	Art. 9 Abs. 3 verweist für Gastgewerbebetriebe zurück auf das Gastgewerbegesetz.
		Ist das für sie vorliegend klar?	Es ist eine Auslegung nötig, grammatikalisch, systematisch, historisch, teleologisch. Der Verkauf von Lebensmittel fällt darunter; es stellt sich aber die Frage ob der Konsum vor Ort auch darunterfällt.
		Welches sind die Konsequenzen bezüglich der	Art. 9 Abs. 3 verweist auf das GGG und damit sind die Art. 11 ff. GGG relevant. Nicht

		<p>Öffnungszeiten, wenn der Imbissstand darunterfällt?</p> <p>Welches sind die Konsequenzen, wenn er sich nicht an die Öffnungszeiten hält; wer hat die Aufsicht?</p> <p>Weshalb suchen Sie im GGG?</p> <p>Was sagt das HGG zu den Öffnungszeiten?</p> <p>Äussert sich das Gesetz selber nicht zum Vollzug?</p> <p>Art. 9 Imbissstände, im 3. Abschnitt des HGG, sagt es etwas zum Vollzug?</p> <p>Was kann die Aufsichtsbehörde tun, wenn sie feststellt, dass die Öffnungszeiten missachtet werden?</p> <p>Was sagt das HGG?</p> <p>Wer kann das?</p> <p>(liest vor) Verordnung über Handel und Gewerbe, HGV; Art. 15 Abs. 2 lit. a, lesen Sie diesen Artikel.</p> <p>Was gilt, wenn nach Gesetz die Gemeinde und nach Verordnung der Regierungstatthalter?</p> <p>Kann eine Verordnung die Zuständigkeit eines Gesetzes ändern?</p> <p>Kann die Zuständigkeit im Rahmen von Ausführungsbestimmungen geregelt werden?</p> <p>Was ist besonders heikel hier?</p> <p>Was ist aber ganz grundsätzlich problematisch?</p>	<p>vor 05.00 Uhr geöffnet haben darf und spätestens um 00.30 Uhr muss geschlossen sein.</p> <p>Es handelt sich um Polizeirecht im weiten Sinne; Rechtspflegebestimmungen.</p> <p>Es handelt sich um eine Frage des Vollzugs.</p> <p>Dieses muss nur für die Frage der Öffnungszeiten herangezogen werden; die Lösung ist im HGG zu suchen. Ich würde eine Verordnung benötigen.</p> <p>Der Regierungsrat regelt die Ausführungsregeln.</p> <p>Es nennt noch kantonale Amtsstellen.</p> <p>Art. 14 HGG die Gemeinden kontrollieren die Gemeinden die Einhaltung der Öffnungszeiten. Sie kann eine Verfügung erlassen, ermahnen und schliesslich den Betrieb schliessen, verbieten, die Bewilligung entziehen allenfalls.</p> <p>Der Betrieb kann geschlossen werden, wenn die Öffnungszeiten missachtet werden.</p> <p>Die Gemeinde.</p> <p>Der Regierungstatthalter ist die zuständige Stelle.</p> <p>Es stellt sich die Frage, ob das Gesetz abschliessend regelt oder ob die Kompetenz übertragen werden konnte.</p> <p>Grundsätzlich nicht. Es bräuchte eine Delegationsnorm. Nach Art. 25 HGG darf der Regierungsrat Ausführungsbestimmungen erlassen. Fraglich ist, ob diese Bestimmung eine notwendige Ausführungsbestimmung ist.</p> <p>Normalerweise nicht, weil die Zuständigkeit zwingend ist.</p> <p>Prima vista allenfalls eine Instanz entzogen wird. Instanzverlust.</p> <p>Dass die Zuständigkeit der Gemeinde entzogen wird.</p>
--	--	---	--

	<p>Der Regierungsrat derogiert die gesetzlichen Zuständigkeitsbestimmungen; geht das?</p> <p>Annahme der Regierungsratshalter verfügt die Schliessung für 3 Wochen gestützt auf die Verordnung. Mit welchem Rechtsmittel kann diese angefochten werden?</p> <p>Der übliche Rechtsmittelweg an das Verwaltungsgericht. Art. 17 der Verordnung (HGV), was sagt diese dazu?</p> <p>Ja aber die Begründung war richtig.</p> <p>Nochmals, der Regierungsrat derogiert die gesetzlichen Bestimmungen, geht das?</p> <p>Wann ist gemäss VRPG eine Direktion zuständig?</p> <p>Genau. Ein interessanter Fall.</p>	<p>Grundsätzlich nicht.</p> <p>Es ist die diesbezügliche Bestimmung in der KV zu konsultieren. Art. 88 Abs. 2 KV Er erlässt im Rahmen der Gesetzgebung Verordnungen; er muss sich in diesem Rahmen bewegen.</p> <p>Wir bewegen uns im VRPG und demnach ist das Verwaltungsgericht zuständig bei internen Beschwerdeverfahren.</p> <p>Die Volkswirtschaftsdirektion. Meine Antwort war falsch vorher.</p> <p>Wenn das unterstellte Amt verfügende Behörde ist und dies ist beim Regierungsratshalteramt gerade nicht der Fall.</p>
--	---	---

Prüfungsfach	Examinator	Fragestellung	Antwort
Strafprozessrecht	Bähler J.	Sachverhalt: Die Polizei hat um 01.45 Uhr drei Männer aus Osteuropa in flagranti bei einem Einbruchdiebstahl erwischt; vorläufige Massnahmen wurden ergriffen; im Fahrzeug wurde noch weiteres Deliktsgut aus Diebstählen gefunden. Die erste polizeiliche Befragung hat stattgefunden, war inhaltlich noch nicht besonders ergiebig.	
		Was macht die Polizei weiter in einem solchen Fall?	Sie informiert die Stawa, wenn sie auf Tatsachen stösst, die strafbare Handlungen nahelegen.
		Was spricht konkret für eine Meldung?	Grundsätzlich dass sie auf frischer Tat ertappt wurden.
		Ich halte fest, dass ein dringender Tatverdacht besteht und was noch?	Es muss die Meldung innert Frist erfolgen, sonst können sie nicht ewig festgehalten werden.
		Was ist noch zusätzlich augenfällig?	Die Tatverdächtigen sind aus Osteuropa und drei Personen gleichzeitig; es droht Kollusionsgefahr. Allenfalls ist Deliktsgut weggeschaffen worden.
		Welche Haftgründe kommen noch zur Flucht- und Kollusionsgefahr hinzu? Schauen Sie bei Art. 221 StPO.	Wiederholungsgefahr und Ausführungsgefahr
		Ja, es sind 4.	
		Falls Sie als Anwalt auf der Pikettliste stehen und erhalten Infos über Festnahme; dann dieses Mandat annehmen: Wie läuft es dann ab, wenn der Klient in U-Haft versetzt werden soll?	Als erstes erfolgt die Einvernahme bei der Staatsanwaltschaft, welche unverzüglich erfolgen muss.
		Ist noch etwas Anderes wichtig?	Die Untersuchungshaft muss innert 48 Stunden durch die Stawa beantragt werden.
		Wie geht es weiter?	Das Zwangsmassnahmengericht wird das Haftverfahren durchführen; es erfolgt eine erste Verhandlung, welche aber nicht öffentlich ist. Als Verteidiger möchte ich da anwesend sein. Das Zwangsmassnahmengericht wird dann innert 48 Stunden entscheiden.

Wie ist es, wenn eine notwendige Verteidigung gegeben ist und trotzdem ohne Information der Staatsanwaltschaft eine Einvernahme Art. 224 Abs. 1 StPO durchgeführt wird. Sie also erst später dazukommen? Was sagen Sie zu diesem Protokoll als Beweiserhebung?

Absolute oder relative Unverwertbarkeit?

Art. 141 StPO eventuell wird in der Literatur erwähnt, aber auch Abs. 2; in der Literatur ist man sich nicht einig.

Es erfolgt eine Vorladung zur mündlichen Verhandlung durch das ZMG, weshalb nicht schriftlich?

Für die Vorbereitung der Verhandlung vor dem ZMG gibt es ein Akteneinsichtsrecht?

Von wem wäre es zu gewähren?

Die Akten die dem ZMG vorliegen, sind dies die gesamten Strafakten, die bis zu diesem Zeitpunkt angesammelt wurden?

Zusammenfassend liegt nur vor, was nötig ist für die Gutheissung des Antrags auf Untersuchungshaft; wird sich im Normalfall darauf beschränken; die Staatsanwaltschaft will u.U. noch nicht zu viel verraten.

Ab wann kann die Verteidigung die gesamten Akten einsehen?

Es ist kritisch wenn man sich als Verteidiger mit der Staatsanwaltschaft «unter die gleiche Decke gibt»

Was unternehmen Sie, wenn Sie trotz gegebener Voraussetzungen nicht Einsicht erhalten?

richtig

Die notwendige Verteidigung ist nach Art. 131 Abs. 2 StPO grundsätzlich erst nach der ersten Einvernahme durch die Staatsanwaltschaft sicherzustellen. Hier handelt es sich um eine Haftsache. Ich würde schauen ob, die Belehrung erfolgte und ob eine Verteidigung gewährt wurde. Ansonsten liegt Unverwertbarkeit vor.

Art. 141 StPO bezeichnet absolut unverwertbare Beweismittel und verweist auf Art. 140 StPO. Ein solcher Fall liegt hier nicht vor. Wenn aber das Gesetz, wie bspw. Art. 147 StPO es vorschreibt, dann ist auch absolute Unverwertbarkeit gegeben.

Eine schriftliche Verhandlung ist zwar möglich, aber nur wenn die beschuldigte Person auf das Prinzip der Unmittelbarkeit verzichtet.

Grundsätzlich ist es allgemein ein Parteirecht, indirekt ist es Ausdruck des rechtlichen Gehörs. Es gibt aber Einschränkungen und grundsätzlich ist die Einsichtnahme erst nach der ersten Einvernahme möglich. Für die Verhandlung vor dem ZMG wäre es zu gewähren.

Wohl vom ZMG, weil in diesem Stadium dieses für die Verhandlung zuständig ist.

Vielleicht sind es nur die von der Stawa für das Haftverfahren verlangten Akten. Die Stawa kann gewisse noch zurückbehalten. Allerdings hat bereits eine Einvernahme stattgefunden.

Sicher sobald der Klient von der Staatsanwaltschaft zur Sache einvernommen wurde; allerdings ist eine Verzögerung möglich, bis alle drei Beschuldigten verhört wurden. Es ist möglich, dass nur der Verteidiger bereits Einsicht erhält.

Es ist die Beschwerde an die Beschwerdekammer des Obergerichts möglich.

		<p>Wenn der Privatkläger Fragen stellen will, wann hat dieser die nächste bzw. erste Möglichkeit Fragen zu stellen?</p> <p>Es ist ein dringender Tatverdacht gegeben, daher die Untersuchungshaft angeordnet worden, dann aber die Staatsanwaltschaft in ihren Ermittlungen nicht vorwärtskommt. Es besteht ausserdem Kollusionsgefahr; 146 Abs. 1 StPO aber Art. 147 Abs. 1 StPO an Einvernahme des Mitbeschuldigten teilnehmen will; kann er sich auf Art. 147 Abs. 1 StPO berufen?</p> <p>Das Bundesgericht hat entschieden, dass Stawa, wenn noch nicht alles vorhalten konnte, dann noch ausschliessen kann.</p>	<p>Nur der Beschuldigte und die Stawa, nicht aber der Privatkläger sind vorgeladen für die Verhandlung vor dem ZMG.</p> <p>Das Teilnahmerecht kann eingeschränkt werden, aber grundsätzlich müsste der Verteidiger zumindest anwesend sein können.</p>
--	--	---	--

Prüfungsfach	Examinator	Fragestellung	Antwort
ZPO/SchKG	Güngerich	<p>SV (schriftlich vorgelegt) [ca. lautend wie folgt: G erhält am 11.06.2015 einen Konkursverlustschein im Privatkonkurs des S. Am 07.08.2016 betreibt G den S neu. S erhebt Rechtsvorschlag mit der Begründung, nicht zu neuem Vermögen gekommen zu sein.]</p> <p>Es wird Rechtsvorschlag erhoben, überlegen Sie mal laut.</p> <p>Ein zweiteiliges Verfahren, erklären Sie wer prüft was.</p> <p>Wenn wir uns im Kanton Bern befinden, ist es welches Gericht?</p> <p>Was passiert, wenn es prüft und kein neues Vermögen feststellt?</p> <p>Wer ist sachlich zuständig?</p> <p>Nicht das Handelsgericht?</p> <p>Was liegt für eine Klage vor, Rechtsnatur?</p> <p>Es ist also nicht das Handelsgericht sachlich zuständig?</p> <p>Reflexwirkung?</p> <p>Es stimmt etwas nicht im Ablauf; sehen Sie sich nochmals den Sachverhalt an.</p> <p>Was ist mit dem Zahlungsbefehl?</p> <p>Wie lange ist ein Zahlungsbefehl gültig?</p> <p>Die Daten sind nicht das Problem.</p>	<p>Es besteht bereits ein Pfändungsverlustschein; Überlegung, dass kein neues Vermögen vorhanden; das Verfahren ist zweigeteilt.</p> <p>Nach Art. 265 ff SchKG legt das Betreibungsamt dem Gericht des Betreibungsortes den Rechtsvorschlag vor und dieses bewilligt oder wenn feststellt, dass neues Vermögen vorliegt, stellt es den Umfang fest.</p> <p>Grundsätzlich wäre es das Regionalgericht, welches für den Betreibungsort örtlich zuständig ist.</p> <p>Es bewilligt den Rechtsvorschlag in einem ersten Schritt; dann kann der Gläubiger auf Feststellung neuen Vermögens klagen.</p> <p>Auch das Regionalgericht.</p> <p>Eine Betreibungssache ist grundsätzlich nicht beim Handelsgericht anhängig zu machen. Eine Anerkennungsklage müsste beim Handelsgericht anhängig gemacht werden, wenn die zwingenden Vorschriften erfüllt sind.</p> <p>Eine betreibungsrechtliche Klage, es wird einfach das Vermögen festgestellt.</p> <p>nein, nicht das Handelsgericht.</p> <p>Ohne Reflexwirkung.</p> <p>Da neu betrieben hat, wissen nicht, ob noch gültig.</p> <p>Grundsätzlich ein Jahr lang nach Zustellung, gemäss Art. 88 SchKG. Hier würde ich demnach sagen, der Zahlungsbefehl ist noch gültig, wir sind noch im Jahr 2016.</p>

		<p>Spielt die Art des Verlustscheines eine Rolle in casu?</p> <p>Ja sondern?</p> <p>Ist der Pfändungsverlustschein eine vollstreckbare Urkunde?</p> <p>Könnte oder ist?</p> <p>Es gibt eine Norm, die explizit Auskunft gibt. Was wäre die Konsequenz, wenn es sich um eine vollstreckbare öffentliche Urkunde handelt.</p> <p>Ist es eine oder nicht?</p> <p>Weshalb ist ein Pfändungsverlustschein eine Schuldanerkennung nach Art. 82 SchKG? Weshalb ist dies folgerichtig?</p>	<p>Kläre ab, ob es sich nur um einen Konkursverlustschein handelt. Art. 149 SchKG. Innert 6 Monaten ohne neuen Zahlungsbefehl kann die Betreuung fortgesetzt werden und daher ist dieser Art. hier nicht einschlägig; er stellt in casu ein neues Betreibungsbegehren.</p> <p>Die Bestimmung 265 SchKG ist im Konkursverfahren angesiedelt und unter Umständen nicht einschlägig. Ich gehe zurück zu den Wirkungen bei einer Betreuung auf Pfändung und sehe nichts dazu; in Konsequenz ist ???? nicht geeignet. Daher gibt es folglich auch das Verfahren, dass ich vorhin dargestellt habe nicht, braucht es nicht.</p> <p>Es hätte die Fortsetzung verlangt werden können und es wäre eine normale Betreuung. Die Begründung des fehlenden neuen Vermögens hätte die Wirkung eines normalen Rechtsvorschlages und es könnte eine normale Rechtsöffnung erwirkt werden. Der Verlustschein könnte allenfalls ein definitiver Rechtsöffnungstitel sein.</p> <p>Nach den allgemeinen Kriterien könnte er eine öffentliche Urkunde sein.</p> <p>Ich würde sagen «ist» eine solche Urkunde.</p> <p>Es wäre dann ein definitiver Rechtsöffnungstitel und gestützt darauf könnte eine definitive Rechtsöffnung verlangt werden.</p> <p>Nach Art. 149 Abs. 2 SchKG liegt eine Schuldanerkennung nach Art. 82 SchKG vor.</p> <p>Hat schon Pfändungsverfahren durchlaufen und der Schuldner konnte die Forderung bereits bestreiten; der nicht gedeckte Teil hat bereits ein Verfahren durchlaufen und daher folgerichtig, dass eine Schuldanerkennung gegeben ist.</p>
--	--	--	--

Prüfungsfach	Examinator	Fragestellung	Antwort
Steuerrecht	Häberli	Erklären Sie den Begriff der Eigenmietwertbesteuerung.	Es wird die Nutzung der eigenen Liegenschaft besteuert.
		Wie überzeugen Sie mich davon, wenn ich es Ihnen nicht glaube?	Mit dem Gesetz; Einkünfte aus unbeweglichem Vermögen in Art. DBG Art. 21 Abs. 1 lit. b.
		Was steht ausdrücklich im Artikel?	(liest vor)
		Wenn das so nicht im Gesetz stehen würde, wäre er dann trotzdem steuerbar?	Nach der modifizierten Reinzuwachsttheorie wäre die unentgeltliche Nutzung ein Vorteil.
		Diese Theorie hat gesetzlich Niederschlag gefunden, wo?	Art. 16 Abs. 1 DBG sagt, dass alle wiederkehrenden und einmaligen Einkünfte der Einkommenssteuer unterliegen; in Abs. 2 sind noch weitere explizit genannt.
		Fällt die freie Unterkunft darunter?	Nein, richtet sich an Arbeitnehmer.
		Stellt die Wohnung ein Naturalbezug dar?	Eigentlich nicht aber unter Umständen handelt es sich um Ertrag aus unbeweglichem Vermögen, aber fliesst eben gerade nicht zu.
		Tragen Sie eine schöne Uhr oder besitzen Sie ein Auto?	
		Bei Ihrem Blick auf die Uhr, war dies ein steuerbarer Gebrauch? was schliessen Sie daraus?	Es dürfte die Eigenmietwertbesteuerung nicht stattfinden.
		Was gibt es für Abzüge?	Werterhaltende Investitionen.
		Kennen Sie andere Abzüge?	Schuldzinsen.
		Was zählt alles zu Unterhaltskosten?	Renovationsarbeiten.
		Achtung das sind werterhaltende Investitionen.	
		????	
		Wo sind sie nachzuschauen?	
		Wenn dort nichts konkretes steht?	In einem Kreisschreiben.
		Es gäbe eine Verordnung.	

	<p>Die Politik will den Eigenmietwert abschaffen; wie sähe ein solcher Systemwechsel aus?</p> <p>Fall es zu einem solchen Systemwechsel kommt, wie sehen Eigentümer aus die profitieren bzw. verlieren würden?</p> <p>Bezüglich der luxuriösen Baute sprechen Sie eher etwas anderes damit an; dritter Parameter? Es versteuern ja nicht alle gleich den Eigenmietwert.</p> <p>Wer hat heute einen tiefen Eigenmietwert?</p> <p>Was ist noch relevant? Denken Sie ans Auto von vorhin.</p> <p>Wie wären die Mieten bei einem Systemwechsel beeinflusst?</p> <p>Das ist spekulativ.</p> <p>Welche Begründung spricht für die Eigenmietwertbesteuerung?</p> <p>Genau deshalb müsste dort reagiert werden.</p> <p>Sachverhalt: Eine Beratung für einen günstigen Einfamilienhaus-Kauf, wenn aber noch eine umfassende Renovation nötig sein wird. Machen Sie Vorschläge fürs Vorgehen?</p> <p>Die Dumont-Praxis, was war das?</p> <p>Im Bund war dies noch nachteiliger.</p> <p>Wie wurde diese Praxis abgeschafft?</p> <p>Weshalb hat der Kanton dies überhaupt gemacht?</p> <p>Gibt es ein Argument, dass eine Wertvermehrung der Liegenschaft für 300'000.- Sinn macht?</p>	<p>Problematisch ist, dass konsequenterweise Abzüge nicht mehr zugelassen werden dürften.</p> <p>Jene Eigentümer die luxuriöse Bauten besitzen würden profitieren. Wer viele Unterhaltsarbeiten ausführt würde schlechter gestellt. Wer viel Fremdkapital in der Liegenschaft hat und dann die Schuldzinsen nicht abziehen könnte, würde verlieren. Bei luxuriöser Baute im Falle der Reparatur..</p> <p>Jene welche im heutigen System tiefen Eigenmietwert haben, würden benachteiligt.</p> <p>Leute, welche nicht grosse Wohnungen haben oder vom Standort her.</p> <p>Wirtschaftlich ..beeinflusst auch</p> <p>Es ist fraglich, ob sich die Mietzinsen verändern würden.</p> <p>Die Rechtsgleichheit, weil Mieter keine Abzüge machen können.</p> <p>Die Dumont-Praxis wurde abgeschafft und daher sämtliche Werte, welche abzugsfähig könnten. Die Einkommenssituation wäre relevant, wegen der Progressionsstufe müssten gestaffelte Renovationsarbeiten vorgesehen werden.</p> <p>Wenn eine sanierungsbedürftige Liegenschaft gekauft wurde, dann wurden alle Investitionen auf gesplittet 50/50 werterhaltend/wertvermehrend unabhängig, wie diese sich tatsächlich ausgestalteten.</p> <p>Es gibt eine Liegenschaftsunterhalts-Verordnung und darin wurde ein Absatz gestrichen.</p> <p>Weil es der Bund vorgegeben hat.</p> <p>Wenn später die Liegenschaft verkauft wird, dann können die Anlagekosten bei der Grundstückgewinnsteuer abgezogen werden.</p>
--	---	--

	<p>Was ist bezüglich der Grundstücksgewinnsteuer noch relevant?</p> <p>Anliegen den Grundstücksgewinn zu reduzieren</p> <p>Bei 6-7 Jahren.</p> <p>Sachverhalt: Frau geht zu Bank und Sie sehen, dass sie zu wenig Eigenkapital hat, was kann sie tun, damit sie mehr EK hat?</p> <p>Wie geht das?</p> <p>Haben Sie noch eine zweite Idee für eine Erhöhung des Eigenkapitals?</p> <p>Von wem erhält man ein solches?</p> <p>Oder von wem aus der Familie?</p> <p>Eine in der BVG entstandene Lücke kann durch Wiedereinkauf wieder gefüllt werden. Mit welcher Steuerfolge?</p>	<p>Wenn geplant ist, das Haus lange zu behalten, hätte dies aufgrund des Besitzesdauer-Abzugs auch noch Vorteile.</p> <p>Wenn sehr kurz hält, dann wäre der Spekulationszuschlag viel höher.</p> <p>Wäre er bei 12-14%.</p> <p>Allenfalls kann sie die 2. Säule heranziehen.</p> <p>Man kann sich diese grundsätzlich ausbezahlen lassen.</p> <p>Ein privates Darlehen.</p> <p>Von der Bank oder der Familie.</p> <p>Ein Erbvorbezug wäre möglich.</p> <p>-</p>
--	---	---